

Atomkraftwerke

Gefahr schwerer Unfälle

Von den neun in Deutschland noch laufenden Atomkraftwerken gehen nach wie vor enorme Risiken aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom BUND veröffentlichte Studie. Ihr zufolge sind die Meiler in Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C, Philippsburg 2, Grohnde, Emsland und Isar 2 nicht ausreichend vor möglichen Erdbeben geschützt. Bei den meisten AKW sei zudem der Hochwasserschutz nicht umfassend. Hinzu kämen Risiken durch eventuelle Brände und altersbedingte Ausfälle der Sicherheitssysteme. Sämtliche deutsche AKW seien überdies nicht ausreichend mit Notstromaggregaten gegen den Ausfall der Stromversorgung abgesichert. Besonders gefährlich: die Siedewasserreaktoren in Gundremmingen, weil dort die Brennelemente in Abklingbecken innerhalb des Reaktors gelagert würden.

Die Erkenntnisse sind nicht neu, sie stammen aus den Sicherheitsüberprüfungen der Reaktor-Sicherheitskommission und des europäischen Stresstests (s. UB 21/12, 06/12, 11/11, S. 7) nach dem GAU von Fukushima. Die Studie geht vertieft auf Risiken durch Alterung und Verwendung nicht geeigneter

Ersatzteile ein. Dazu wertete sie Ereignisse der vergangenen zwei Jahre aus, die die AKW-Betreiber dem Bundesamt für Strahlenschutz als Störung melden mussten.

Als Konsequenz aus den dargestellten Risiken fordert der BUND von den Parteien den sofortigen Atomausstieg. Eine Forderung, der sich am zweiten Jahrestag der japanischen Atomkatastrophe atomkritische Organisationen anschlossen. Zum Jahrestag prognostizierte die Weltgesundheitsorganisation ein nur leicht erhöhtes Krebsrisiko in der Region um das havarierte AKW Fukushima. Hingegen geht die Ärzteorganisation IPPNW davon aus, dass es allein durch die äußere Strahlenbelastung 40 000 bis 80 000 zusätzliche Krebsfälle geben werde. Hinzu kämen 18 000 bis 37 000 Krebserkrankungen durch kontaminierte Nahrungsmittel sowie bis zu 17 000 Krebsfälle bei den Arbeitern der Anlage. (lf)

► www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20130305_bund_klima_energie_atomstrom_2013_studie.pdf

► Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Angelika Wilmen, Fon 030/698074-15, Fax /6938166, wilmen@ippnw.de, www.ippnw.de

Nanotechnologie

Hauptsache gut versichert

Die möglichen Umwelt- und Gesundheitsrisiken von Nanoteilchen werden zunehmend Thema für die Versicherungswirtschaft. Darauf hat das Schweizer Beratungsunternehmen Innovationsgesellschaft hingewiesen. Als Beispiel erwähnt es eine Studie des Rückversicherers Gen Re, der davon ausgeht, dass Nanotechnik das Potenzial habe, sich zum realen Risiko für Haftpflichtversicherer zu entwickeln. Dies vor allem, weil die potenziellen Risiken durch Verbreitung der Nanomaterialien in zahlreichen Produkten und Industrien eine große Zahl von Menschen betreffen würde.

Hinzu kommen gesundheitliche Risiken insbesondere durchs Einatmen der Nanopartikel bei der Verarbeitung. Laut Gen Re hat die Exposition mit bestimmten Nanomaterialien bereits nachweislich Symptome verursacht, die den durch Asbestfasern ausgelösten Erkrankungen gleichen. Zwar sei es nicht zulässig, Nanomaterialien und Asbest direkt zu vergleichen. Doch sollten die Erfahrungen mit Asbest eine Warnung sein. Im jenem Fall hatte es

Jahrzehnte gedauert, bis die ersten Warnhinweise zu konkreten Vorsorgemaßnahmen führten. Versicherer in den USA mussten Milliarden an Entschädigungen zahlen.

Als zusätzliches Risiko sieht Gen Re, dass sehr oft kleine Betriebe Nanomaterial einsetzen. Allein in Deutschland beschäftigen sich damit rund 2 000 Unternehmen und Forschungsinstitutionen. Der Rückversicherer rät Erstversicherern, ihr Portfolio daraufhin zu überprüfen, wie viele Versicherungsnehmer mit Nanotechnik zu tun hätten und mit welcher Art von Material sie umgingen. Seien das relevante Anteile, sollten die Versicherungen ein Risikomonitoring einführen und die Entwicklungen in den relevanten Bereichen wie Forschung, Regulierung und öffentliche Wahrnehmung beobachten und analysieren. (lf)

► Ein Grundlagenartikel: www.genre.com/sharedfile/pdf/Themen20_Wieczorek-de.pdf

► Die Innovationsgesellschaft mbH St.Gallen Christoph Meili, Lerchenfeldstraße 5, CH-9014 St.Gallen, Fon 0041/71/2747417, christoph.meili@innovationsgesellschaft.ch

Umweltzonen

Rüffel von der EU

Die EU-Kommission hat über den Antrag Deutschlands entschieden, die Frist zum Erreichen der Stickstoffdioxid-Grenzwerte in 57 Regionen zu verlängern. In 33 Fällen hat Brüssel eine Fristverlängerung bis Januar 2015 abgelehnt und strengere Minderungsmaßnahmen gefordert. Betroffen sind auch Städte, die zwar Umweltzonen eingerichtet haben, aber absehbar auch noch 2015 eine zu hohe Stickoxidbelastung aufweisen werden. Ihnen empfiehlt Brüssel, höhere Parkgebühren, strengere Umweltzonen und Tempolimits. Auch könnten sie über zehn Jahre alte Autos aus dem Verkehr ziehen (s. a. S. 11).

In Baden-Württemberg hat der Beschluss zu Kritik an der rot-grünen Politik geführt. Der BUND fordert einheitliche Umweltzonen für Regionen und Großräume, die auch alle überörtlichen Straßen umfassen müssten. Hauptverkehrsstraßen und Ortsdurchfahrten dürften kein Tabu für Tempolimits sein. In Hessen fordert die Stadt Offenbach das Land auf, endlich den Luftqualitätsplan Rhein-Main zu verabschieden. In Dresden freut sich die Stadt darüber, auch ohne Umweltzone die Fristverlängerung bis 2015 bekommen zu haben. (lf)

► Zu den Umweltzonen: <http://gis.uba.de/Website/umweltzonen/index.htm>

Chemikaliensicherheit

Die größten Gifthersteller

Die Organisation ChemSec hat eine Liste der Unternehmen veröffentlicht, die in der EU besonders gefährliche Chemikalien vermarkten. Zu den Top 20 gehören vor allem Ölkonzerne wie Shell und Exxon. Grundlage der Firmenaufzählung ist die Sin-Liste (Substitute it now), auf die Umweltverbände mehr als 600 Chemikalien gesetzt haben (s. UB 20/08, S. 13). Nach Kriterien der EU-Verordnung Reach müssten sie alle als „besonders besorgniserregend“ gelten. Wegen des langen Prozederes haben aber erst wenige dieser Stoffe den Status „Reach-Kandidat“ erreicht.

ChemSec hatte vorm EU-Gerichtshof auf die Veröffentlichung der bei der EU-Chemie-Agentur ECA gesammelten Produktionsdaten geklagt und daraus die Liste extrahiert. Die Organisation zielt damit vor allem auf Finanzinvestoren und weist sie auf die Risiken hin, die mit der Produktion gefährlicher Chemikalien verbunden sind. (lf)

► www.chemsec.org/images/stories/2013/SIN_Producers_List_updated_March_2013.pdf